

Sonder-Abdruck.

Amtsblatt

der k. k.



Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 65.

Dienstag den 10. August 1915.

Jahrgang XXIV.

Wien während des Krieges.

(Dreizehnte Folge.)

Bericht des Bürgermeisters an den Stadtrat über die Gemeindeverwaltung im 1. Kriegsjahre,

erstattet in der Sitzung des Wiener Stadtrates vom 5. August 1915.

Am 28. Juli 1914 erfolgte die Kriegserklärung an Serbien und mit diesem Tage beginnt das Kriegsjahr.

Am 29. Juli 1914 fand eine **außerordentliche Sitzung des Gemeinderates** statt und am selben Tage die **erste Stadtrats-Sitzung nach Kriegsbeginn**.

Die **erste Obmänner-Konferenz** wurde am 28. Juli abgehalten.

Im Kriegsjahre 1914/15 fanden statt: 63 Sitzungen des Stadtrates, 24 Sitzungen der Obmänner-Konferenz, 7 Sitzungen der Zentralstelle der Fürsorge für die Angehörigen der Einberufenen und für die durch den Krieg in Not Geratenen in Wien und Niederösterreich, 2 Sitzungen des Komitees zur Erbauung von Spitalsbaracken, 1 Sitzung des Komitees zur Erbauung eines städtischen Kühlhauses und 2 Sitzungen der Sanitäts-Konferenz.

Wenn ich auf die

Kriegsleistungen der Gemeinde

zu sprechen komme, glaube ich in erster Linie darauf hinweisen zu müssen, wie

für die Angestellten der Stadt Wien

gesorgt wurde.

Ich erinnere an den Beschluß, welcher die Fürsorge für die anlässlich des Krieges zur militärischen Dienstleistung eingerückten städtischen Angestellten beinhaltete. Soweit den Angestellten durch eigene Vorschriften nicht ohnehin schon vor dem Kriege auch für den Mobilisierungsfall ihre Stellen gewahrt und Bezüge und

Beförderungen zugesichert waren, wurden entsprechende Verfügungen durch Stadtrat und Gemeinderat sofort nach Kriegsausbruch geschaffen. Den Hinterbliebenen der im Felde gefallenen Angestellten werden **Versorgungsgenüsse** grundsätzlich auch für den Fall gewährt, wenn der Angestellte noch nicht pensionsberechtigt war. In Berücksichtigung der allgemeinen und empfindlichen Teuerung hat die Gemeinde ihren Angestellten, soweit sie unter einem bestimmten Dienstbezüge bleiben, eine entsprechende **Kriegszulage** bewilligt, die sich nach Maßgabe der im Haushalte befindlichen Kinder erhöht. Der Umfang der Angestelltenfürsorge erhellt klar aus folgenden Ziffern: Die Kosten für die Angestelltenfürsorge rücksichtlich der magistratischen Angestellten betrug bisher 2.300.000 K, rücksichtlich der Lehrpersonen und Schuldiener 3.000.000 K, rücksichtlich der Angestellten bei den städtischen Unternehmungen 5.414.800 K, im Gesamten mithin

10.714.800 K.

An Kriegszulagen hat die Gemeinde seit 1. Mai 1915 an magistratische Angestellte 240.000 K, an Lehrpersonen und Schuldiener 65.000 K und an Angestellte bei den Unternehmungen der Gemeinde 477.600 K, zusammen also

782.600 Kronen

ausbezahlt.

Auf ein Jahr bezogen, wird daher die Kriegszulage mit weit über 3.000.000 K das städtische Budget belasten.

Wenn ich auf die

Unterstützungen

übergehe, die an die Familien der Eingekerkerten, sei es aus dem staatlichen Unterhaltsbeiträge, sei es aus den Mitteln der Zentralstelle, gewährt worden sind, dann habe ich in erster Linie mitzuteilen, daß die staatlichen Unterhaltsbeiträge nach dem Stande vom 4. August 1915 an **180.709 Parteien** gezahlt werden, so daß man sagen kann, es stehen rund 400.000 Personen in Wien im Genuße des staatlichen Unterhaltsbeitrages.

Das Ergebnis der Erhebungen über die ausgezahlten Summen wurde mir nur in ungefähren Zahlen angegeben, aber auch diese beweisen, wie segensreich das Gesetz vom 26. Dezember 1912, betreffend den Unterhaltsbeitrag für Angehörige von Mobilisierten, gewirkt hat. Es sind in Wien allein rund

60 Millionen Kronen

bisher an staatlichen Unterhaltsbeiträgen gezahlt worden.

Außerdem wurde mit den Mitteln der Zentralstelle helfend eingegriffen, und zwar stehen jetzt 3528 Personen im Genuße laufender Unterstützungen; diese erfordern monatlich 107.900 K 80 h und wurden bisher für diesen Zweck

1.018.920 K 74 h ausgegeben. An einmaligen Unterstützungen wurden von der Zentralstelle 285.347 K 27 h gewährt. Die Auspeisung kostete bisher 2.266.439 K 10 h, die Näh- und Strickstuben erforderten 387.268 K 88 h, an Subventionen wurden 403.544 K 3 h gegeben u. s. w.

Die galizischen Flüchtlinge in Wien haben dem Staate bisher über 18 Millionen gekostet. Das sind wohl Ziffern, die erheblich ins Gewicht fallen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich darauf zu sprechen kommen, was die Gemeinde an

Subventionen

geleistet hat.

Die Gemeinde hat, teils aus eigenen Mitteln, teils aus den Mitteln der Zentralstelle folgende Subventionierungen vorgenommen. An das „Rote Kreuz“ 300.000 K, an die Organisation der Fürsorge für Handelsangestellte 290.000 K, an den Wiener Wärmestuben- und Wohltätigkeitsverein 40.000 K, an das Künstlerfürsorge-Komitee 25.000 K; wir haben aber auch eigene Aufträge an die Künstler erteilt, die sich als Notstandsarbeiten im besten Sinne des Wortes darstellen.

Eine wichtige Aktion der Gemeinde war nach meiner Meinung die

Übernahme von Kreditgarantien;

so hat die Gemeinde für die **Kriegskreditbank für Wien und Niederösterreich** eine Ausfallsgarantie bis zum Betrage von **2 Millionen Kronen** übernommen; diese Bank soll vor allem dem Gewerbebestande helfen.

Wir haben weiter für die nach dem Muster der Kriegskreditbank in Form einer Aktiengesellschaft gegründete **Wiener Mietdarlehenskassa** eine Ausfallsgarantie bis zum Betrage von **1 Million Kronen** übernommen.

Wir haben für die von der Kriegskreditbank an Kunstgewerbetreibende zu gewährenden Akzeptkredite eine Haftung bis zum Betrage von **50.000 Kronen** übernommen.

Dann kommt noch eine andere wichtige Aktion dazu. Wir haben den **Kreditverein der Zentral-Sparkassa der Gemeinde Wien** mit **1 Million Kronen höher dotiert** und wir können wohl mit Stolz darauf hinweisen, daß dieser Kreditverein während des Krieges eine erhöhte Bedeutung gewonnen hat. Die Zahl der Kreditwerber seit Kriegsausbruch beträgt 111 mit einer Kreditsumme von 936.300 K. Berücksichtigt wurden 58 Kreditwerber mit einer Kreditsumme von 497.400 K.

Diese Summe stellt die Gesamthöhe der seit Kriegsausbruch bisher gewährten Kredite dar. Der Mitgliederstand beträgt derzeit 445 mit einer Kreditsumme von 2.938.900 K. Der Umsatz des Kreditvereines in der Zeit vom 1. August 1914 bis 31. Juli 1915 beziffert sich mit Rücksicht auf die für Approvisionierungszwecke durchgeführten Transaktionen auf **37.895.918 K.**

Ich möchte bei dieser Gelegenheit im Anschlusse an meine Bemerkungen über die

Zentralstelle

hervorheben, daß die Organisation der **Zentralstelle** mit der Frauenhilfsaktion im Rathause und der in den einzelnen Bezirken errichteten **Silfs-Komitees und Frauen-Arbeits-Komitees** sich im Großen und Ganzen bewährt hat und daß sich namentlich bei den Auspeisefaktionen sehr viele Männer und Frauen wirklich geopfert haben. Wir haben 36.000 Personen in der Verköstigung. Wenn man nun bedenkt, daß manche der Frauen seit Kriegsbeginn im ehrenamtlichen Dienste stehen, so ist das wohl außerordentlich anerkennenswert.

Was die **Nähstuben** anlangt, so haben wir sehr erfreuliche Resultate zu verzeichnen. Ich werde mir erlauben, diesbezüglich einige Zahlen bekanntzugeben, die beweisen, daß dadurch vieler Frauen Not gelindert wurde. Es war namentlich im Anfange des Krieges, als sehr viele Geschäfte ihre Tätigkeit einstellten geradezu ein Bedürfnis, da helfend einzugreifen.

Um Frauen und Mädchen, die durch den Krieg erwerblos wurden, Verdienst zu schaffen, wurden von der Frauenhilfsaktion in allen Wiener Bezirken Näh- und Strickstuben errichtet, die von Damen der Frauen-Arbeits-Komitees geleitet wurden.

Die Arbeitsstuben beschäftigen nicht nur postenlos gewordene Näherinnen und Strickerinnen, sondern bilden auch ungeschulte Frauen und Mädchen in diesen Erwerbszweigen aus und verschaffen ihnen gegen bescheidene Ratenzahlungen Nähmaschinen.

Die Gemeinde Wien ließ für ihre Anstalten Vorräte an Wäsche anfertigen und trat auch an das k. u. k. Kriegsministerium, das k. u. k. Kriegsfürsorgeamt, das k. k. Gewerbeförderungsamt und an die Baumwoll-Zentrale wegen Überlassung von Lieferungen heran. Die Frauen-Arbeits-Komitees vermittelten zahlreiche Privataufträge von der einfachsten Strickarbeit bis zur kunstvollsten Stickerie.

Eine Zusammenstellung aller übernommenen und ausgeführten Arbeiten zu geben, ist derzeit nicht möglich. Aber schon die folgenden Ziffern geben ein Bild der weitausgreifenden Tätigkeit.

Für die Heeresverwaltung wurden zur Lieferung übernommen: Vom September 1914 bis Mai 1915 wöchentlich 15.000 Garnituren Militärwäsche, bestehend aus Hose und Hemd, seit August 1915 wöchentlich 6000 Garnituren Militärwäsche zur Konfektionierung, 150.000 Garnituren Militärwäsche als selbständige Lieferung, 1.030.000 Gewehrrollen, 100.000 Stück Militärjacken, 300.000 Paar Hosenträger, 500.000 Stück Nackenschützer, 49.258 Stück Waschlappen, 24.100 Paar Wickelgamaschen, 10.000 Stück Rucksäcke u. s. w.

Das sind Zahlen, die beweisen, wie viel Arbeit und Verdienst geschaffen wurde.

Von kleineren Aufträgen seien angeführt Spitalwäsche, 4000 Anzüge für Eisenbahner, Anzüge für 2380 Gasarbeiter, 3500 dänische Papierdecken für Bezirksmarodenhäuser, wöchentlich 1700 bis 1800 dänische Decken für die Zentrale in der Hofburg, Handtücher, Damenblusen, Kinderkleider und Kinderwäsche,

Strohsäcke, Pöster, Leintücher, Gummimäntel, Rucksäcke, Sandsäcke, Zwiebacksäcke, Zeltblätter u. dgl.

An Kälteschutzmitteln wurden angefertigt und an Wiener Regimenter, Landsturmbatallionen u. s. w. als Liebesgaben abgegeben: 180.000 Stück Wollsocken wie Wollwesten, Wadenstutzen, Pulswärmer, Halstücher, Schneehauben, Kniewärmer, Handschuhe u. dgl.

Nicht unerwähnt sollen die 61.000 Markttaschen bleiben, die durch ihre geschmackvolle Ausführung sicherlich den Beifall der Wiener Hausfrauen finden werden.

Im ganzen wurden

4 1/2 Millionen Arbeitsstücke

angefertigt, an einem Teil der Lieferungen wird noch gearbeitet. Die Anzahl der Näh- und Strickstuben beträgt 28 und verteilt sich auf die verschiedenen Bezirke.

Derzeit finden dort rund **4000 Frauen und Mädchen** Arbeit und Verdienst, der durchschnittlich zwischen 5 und 30 K Wochenlohn schwankt, je nachdem sie ihre ganze Zeit oder nur einen Teil derselben der Näh- beziehungsweise Strickarbeit widmen können.

Anschließend daran möchte ich des

wirtschaftlichen Hilfsbureaus der Gemeinde Wien

gedenken, das ununterbrochen seit Ende August 1914 unter der Leitung Sr. Excellenz v. Wittel steht und in dem eine große Zahl von Herren, teils aus der Beamtschaft, teils aus der Advokatie, unentgeltlich ihre Zeit zur Verfügung stellen.

Der Verkehr beträgt rund 200 Parteien täglich. Das wirtschaftliche Hilfsbureau hatte in 34.630 Wohnungskündigungsfällen zu intervenieren und die Interventionen des Bureaus haben in 80 Prozent der Fälle die angesuchte Hilfe gebracht und zu einem Ausgleich geführt. Ich muß bei dieser Gelegenheit auch der Hausherren anerkennend gedenken, denn sie haben sich auch in entgegenkommender Weise bemüht.

Ich möchte hervorheben, daß während der ganzen Zeit in 3132 Fällen für Rechnung der Gemeinde Mietzinsaushilfen in der Höhe von 44.138 K gewährt wurden. Für 12 Monate ist das jedenfalls eine Summe, die geradezu verschwindend ist, doch wohl aber auch einen Blick in die allgemeine wirtschaftliche Lage Wiens gewährt, die sich trotz alledem ganz gut gestaltet.

Im Zusammenhange damit halte ich mich verpflichtet, eines unserer Ämter zu gedenken.

Es ist das

Amt der städtischen Berufsvormundschaft,

denn auch dieses hat sich im Kriege ganz außerordentlich bewährt.

Wie Sie wissen, hat der Stadtrat den Beschluß gefaßt, die offene **Armensänglingsfürsorge** durch Einführung periodischer Armensänglingsunterstützungen bis zur Höhe des üblichen Pflegegeldes für bedürftige Säuglingsmütter zu erweitern und die geschlossene Armensänglingspflege durch Erhöhung des Pflegegeldes bis monatlich 30 K auszubauen. In gewissen Fällen wurden die Kinder Einberufener in die vollständige Obfürsorge der Gemeinde übernommen; die Zahl dieser Kinder beträgt dormalen ungefähr 700. Die Gemeinde hat weiters 120.000 K zur Versicherung von 300 Kindern im Felde gefallener Wiener gewidmet.

Die städtische Berufsvormundschaft hat sich auch insofern in den Dienst der Kriegsfürsorge gestellt, als sie die **Kuratel über Säuglinge**, deren Väter eingerückt sind, zur sofortigen Geltendmachung des Anspruches auf den staatlichen Unterhaltsbeitrag übernimmt. Die Zahl dieser Kurateln beträgt 6800.

Von den Frauen-Arbeits-Komitees in den Bezirken werden an stillende Mütter auf Kosten der Gemeinde Nahrungsmittel wie Reis, Trockenmilch u. dgl. verabsolgt.

Zu Beginn des Krieges hat die Gemeindeverwaltung ein großzügiges

Investitionsprogramm

ausgearbeitet, das dem Stadtrate vorgelegt wurde; ich glaube, wir sind damals auf **30 Millionen Kronen** Investitionen gekommen. Wir waren einerseits nicht in der Lage, dieses Investitionsprogramm durchzuführen, weil die Arbeitskräfte gemangelt haben, andererseits hat sich die wirtschaftliche Lage im allgemeinen so gehalten, daß von Notstandsbauten eigentlich keine Rede sein konnte. Nichtsdestoweniger haben wir in den ersten 12 Monaten des Krieges **Bauten** durchgeführt, deren Kosten sich auf ungefähr **17 Millionen Kronen** belaufen. Darunter hebe ich ganz besonders das **Kühlhaus** hervor, das einen Kostenaufwand von 3 Millionen Kronen erfordert und das dazu dienen soll, die künftige Fleischapprovisionnement Wiens sicherzustellen.

Wir haben also trotz des Krieges Friedenswerke im Werte von 17 Millionen geschaffen! Bei diesen Arbeiten wurden, von den strengen Wintermonaten abgesehen, täglich im Durchschnitte 2300 Arbeiter beschäftigt.

Ich komme nun zur

Approvisionnementfrage.

In dieser Beziehung möchte ich mir erlauben darauf hinzuweisen, daß diese Aktion der Gemeinde sich in folgenden Formen bewegt:

Erstens einmal, und davon sind wir zu Beginn ausgegangen, hat es sich darum gehandelt, für die öffentliche Ausspeisung Vorräte zu beschaffen, im Großen und billig einzukaufen und allen den Vereinen, die sich mit der Ausspeisung

befassen, diese Lebensmittel zur Verfügung stellen zu können. Das ist auch geschehen und wir haben

mehr als 2 Millionen Kronen

derartige Lebensmittel gekauft, die teils abgegeben, teils im Borräte sind; hiefür wurde ein eigenes Depot in der Herzgasse eingerichtet.

Die zweite Funktion der Gemeinde war die, für den Fall der Not gewisse haltbare Vorräte einzukaufen. Eine weitere Funktion war aber die, das Geld herzugeben und nur zwischen einem Verkäufer und dem befugten Händler mit diesem oder jenem Artikel zu vermitteln.

Ein Beispiel in dieser Beziehung ist erstens der **Ankauf des Valorisationskaffees** in Triest, wo wir das Geld hergegeben und die Waren sofort den Engroshändlern übermittelt haben.

Die Gemeinde hat dabei nur die Preisbindung beansprucht, und wenn Kaffee nicht zu jenen Artikeln gehört, wo sprunghafte Preissteigerungen vorgekommen sind, so ist dieser Umstand nur der Gemeinde zu danken, die durch die Preisbindung preisregulierend wirkte.

Ein zweiter solcher Fall ergab sich beim **Petroleum**. Ein dritter beim **Zucker**. In allen diesen Fällen hat die Gemeinde Wien gekauft, nur um das Geld dazu herzugeben und den Rückerzatz von den Wiederverkäufern nur nach Maßgabe der von ihnen abgerufenen Waren zu begehren.

Eine andere Funktion der Gemeinde ist die, nicht nur zu kaufen, sondern auch selbst zu verkaufen. Ein Beispiel hiefür ist die **Kartoffelabgabe** der Gemeinde Wien. Wir haben im Herbst 1914 gekauft und haben in dem Augenblicke, als es notwendig schien, preisregulierend eingzugreifen, mit der Abgabe der Vorräte begonnen. Wir haben die Kartoffel zu einem Preise abgegeben, der billiger war als der Marktpreis und haben dadurch die Engroshändler gezwungen, die Preissteigerungen einzustellen und mit dem Preise herabzugehen. Außerdem war noch die Möglichkeit gegeben, einen Teil davon als **Saatkartoffel** zu verwenden.

Ein zweites Beispiel ist die **Kohle** gewesen. Wir haben Sorge gehabt, ob die Kohlenversorgung Wiens gewährleistet ist und haben daher Kohlen gekauft und wollten sie durch die Kohlenhändler verkaufen lassen, was aber nicht vollständig gelungen ist.

Wir waren gezwungen, selbst als Verkäufer aufzutreten und haben zu diesem Behufe Kohlendepots errichtet; ich habe ja schon zu wiederholtenmalen Gelegenheit gehabt, über die diesbezüglichen Zahlen zu berichten. — Trotzdem möchte ich nochmals darauf hinweisen, daß der Gesamtverkauf an Braunkohle auf den städtischen Kohlenlagerplätzen Westbahnhof, Magleinsdorf, Engerthstraße und Nordwestbahnhof bis 31. Juli 1915 **312.971 Meterzentner** betrug, das sind im Durchschnitt 1695 Meterzentner pro Tag. Die Anzahl der auf den Kohlenlagerplätzen erschienenen Parteien betrug im gleichen Zeitraume 923.592, so daß auf den Verkaufstag 5323 Parteien entfallen.

Auf den Kohlenrutschen der Gemeinde am Nordbahnhofe wurden bis 31. Juli 1915 **317.040 Meterzentner** Ostrauer

Steinkohlen verkauft. Der Wert der den Kohlenhändlern ver-tragsmäßig zu den Selbstkosten überlassenen Kohle beträgt bei Steinkohle 258.630 K 26 h, bei Braunkohle 364.870 K 99 h, zusammen daher 623.501 K 25 h.

Ende Juli hat die Gemeinde Wien den Alleinverkauf der Produktion der Steinkohlengruben des Dombrowaer Revieres — soweit sie vom k. u. k. Etappen-Kommando zur Vergebung gelangten — erworben, so daß auch für den kommenden Winter für die Kohlenversorgung Wiens entsprechend vorgesorgt wurde.

Die Summe, welche von der Gemeinde Wien für den Ankauf von Hausbrandkohle verausgabt wurde, be-trägt rund

1.955.000 Kronen.

Eine ganz eigenartige Funktion der Gemeinde hat sich beim **Mehl** herausgestellt, sie begann damit, daß wir in Vor-aussicht dessen, daß eine Not eintreten könnte, Vorräte kauften, und zwar wurde mit der Bevorratung im August 1914 begonnen, als wir in erster Linie auf Grund eines vom Stadtrate bewilligten Kredites von

5 Millionen Kronen

Mehl und Reis erwarben; dieser Kredit ist freilich inzwischen sehr vervielfacht worden!

Dann kam im Februar 1915 die Beschlagnahme des Getreides durch die Regierung. Es wurde die Kriegs- getreideverkehrsanstalt geschaffen, die die längste Zeit nicht funktionierte; wir sind im März in jene Notlage geraten, daß wir mit unseren Vorräten herausrücken mußten. Es ist uns dann gelungen, Mais zu erwerben, so daß wir wenigstens quantitativ gedeckt waren. Ich möchte bei dieser Gelegenheit bitten, daß immer darauf hingewiesen werden möge, daß die Gemeinde nicht aus Vorliebe den Mais genommen hat, sondern aus dem einfachen Grunde, weil Ungarn damals es ablehnte, uns Edelmehle zur Verfügung zu stellen und wir im Lande selbst nicht soviel aufstreiben konnten, um dem Bedarf der Zwei-Millionenstadt zu genügen.

Die Gemeinde hat nicht aus irgend welchen Motiven den Mais protegiert, sondern sie ist gezwungen worden, zu diesem Mittel zu greifen, um wenigstens den Bedarf des breiten Publikums quantitativ zu decken.

Dabei war es unsere stete Aufgabe, sobald als möglich mit der Verbesserung der Mischung vorzugehen. Wir haben damals an den Statthalter appelliert, und die Requisition von Edelgetreide führte zu dem Resultate, daß Ende April das damals bestandene Mischungsverhältnis für die Brot-Erzeugung — ein Sack Mischmehl zu drei Sack Maismehl — verbessert werden konnte, indem zu je einem Sack Roggenmehl nur zwei Sack Maismehl verabsolgt wurden; wir sind also vom Verhältnis 1:3 zu 1:2 übergegangen. Anfangs Juli sind wir auf zwei Teile Edelmehl zu zwei Teilen Maismehl übergegangen und seit dem 30. Juli kommen, abgesehen von einem 25prozentigen Zusatz von Gerstenmehl, nur mehr Weizen- und Roggenmehl zur Verwendung. Von der nächsten Woche an wird nur

mehr Edelmehl zur Verteilung an die Bäcker kommen. In gleicher Weise wurde auch beim Handel eine bessere Mehlmischung zur Verfügung gestellt und ist derzeit nur mehr Weizenmehl Nr. 0 und deutsches Weizenmehl im Ver-hältnis 1:1 im Verkehr.

Trotz der bedeutenden Anforderungen, die an die Meh-lversorgung der Gemeinde gestellt wurden, konnte bei ausreichender Befriedigung des Bedarfes noch eine kleine Reserve von Edel-mehlen erübrigt werden, die jetzt in den Verkehr kommt.

Ich kann betonen, daß es der Gemeindeverwaltung gelungen ist, 1000 Waggons deutsches Weizenmehl zu erwerben, das entlastet uns der Sorge für die Über-gangszeit, bis das Zuschieben der neuen Ernte so erfolgt, daß wir, die wir täglich 52 bis 54 Waggons Mehl brauchen, be-friedigt werden können.

Im übrigen kann ich noch mitteilen, daß ich über die 1000 Waggons deutschen Weizenmehles noch weitere 380 Waggons erhalten habe, so daß wir wohl gut bis zu dem Augenblicke versorgt sein werden, wo wir mit Sicherheit darauf rechnen können, daß das Ergebnis der neuen Ernte auch wirklich zugestreift wird.

Die Tätigkeit der Gemeinde in der **Mehlversorgung** wird durch folgende Zahlen erhellt: Bis 31. Juli 1915 wurden an Kleinbäckereibetriebe 1550 Waggons Mehl, an Großbäckerei-betriebe 768 Waggons Mehl und an Gewerbegeoffenschaften 579 Waggons Mehl, insgesamt 2897 Waggons Mehl abgegeben. Wir haben also insgesamt 289.700 Meterzentner oder **28.970.000 Kilogramm Mehl** abgegeben!

Der Preis bewegte sich zwischen 48 und 72 K per Meter-zentner im Großhandel. Die Mehlpreise sind nur durch die Gemeinde Wien gehalten worden. Wenn das Mehl frei ge-blieben wäre, wäre die wahnsinnigste Preistreiberei entstanden. Man hat ja schon 1 K 40 h per Kilogramm begehrt! Be-merkenswert ist es auch, daß der bisherige Umsatz schon 16 Millionen Kronen übersteigt.

Nun gehe ich auf die Zahl über, die die **gesamten Einkäufe von Lebensmitteln** darstellt; es sind nicht weniger als **60 Millionen Kronen!** — Wenn wir noch die 16 Millionen Kronen für Mehl und die 2 Millionen Kronen, die für die öffentliche Auspeisung aufgewendet wurden, dazu-rechnen, so kommen wir auf

78 Millionen Kronen.

Ferner muß ich noch erwähnen, daß wir auch eine **Futter-mittelzentrale** geschaffen und in der Zeit vom 14. Mai bis 31. Juli 1915 an 4940 Parteien insgesamt 2.952.846 Kilogramm Futtermittel abgegeben haben. Außerdem hat die Genossenschaft der Milchmeier stets die nötige Kleie bekommen, um für die Ruktlühe das Auslangen zu finden.

Hinsichtlich der **Fleischversorgung** hat die Gemeinde wiederholt versucht, Auslandsimporte zu organisieren, aber erst in der letzten Zeit ist dies durch eine Verbindung mit der Berliner Zentral-Einkaufsgesellschaft gelungen. Die Ver-handlungen wegen Errichtung von Schweinemästereien führten zu keinem Resultate.

Nun glaube ich an die Lebensmittelversorgung einige Bemerkungen über den **Gemüseanbau** in Wien anschließen zu sollen.

Wir haben im **Eigenbetriebe** eine Fläche von **2,330.000 m²** dem Anbau zugeführt und hievon 1,510.000 m² mit Erdäpfeln, 150.000 m² mit Gemüse und 670.000 m² mit Futtermittel bebaut. Die Beteiligung der Bevölkerung an dem Anbaue äußerte sich in der Nachfrage nach den sogenannten **Kriegsgemüsegärten**; als solche wurde eine Fläche von rund 305.000 m², die sich teils aus städtischen Gründen oder von der Gemeinde verwalteten Fondsgründen, teils aus den der Gemeinde für diesen Zweck von Privaten unentgeltlich zur Verfügung gestellten Gründen zusammensetzt, in Losen von 150 bis 800 m² um den Anerkennungszins von 2 K an rund 1000 Bewerber vergeben.

Es haben sich also in Wien 1000 Kriegsgemüsegärtner gefunden und es ist rührend, wie die Leute noch am späten Abend hinausziehen und ihr Gemüse gießen; das kann namentlich in Grinzing und anderen Bezirksteilen ländlichen Charakters beobachtet werden.

Da es sich meist um kinderreiche Familien handelt, kann man durch diese Gärten etwa 5000 Menschen als mit Gemüse versorgt annehmen. Städtischen Bediensteten wurde eine Fläche von rund 155.000 m² als Kriegsgemüsegärten unentgeltlich zugewiesen. Es handelt sich hier hauptsächlich um Gasarbeiter, Feuerwehrleute und Leute aus anderen städtischen Betrieben.

Das Beispiel der Gemeinde hat derart aufmunternd gewirkt, daß viele Grund- und Fabrikbesitzer Privaten, beziehungsweise ihren Arbeitern Grundstücke als Gemüse- und Obstgärten überließen, so daß man neben den städtischen auch viele private Kriegsgemüsegärten entstehen sehen konnte.

Die Schulkinder haben eine Fläche von 145.000 m² mit gutem Erfolge bebaut. Besonders von den Gärten in der Valeriestraße ist das zu erwähnen.

An **Saatgut** wurde verabfolgt: 174.000 Kilogramm Saaterdäpfel an 370 Parteien zum Preise von 18 h per Kilogramm, 20.000 Kilogramm Saaterdäpfel an Schulkinder unentgeltlich, 780 Kilogramm Pflanzensamen und 1.200.000 Stück Setzlinge unentgeltlich.

Im Ganzen wurden **3,170.000 m²** sonst brachliegender Gründe bebaut.

Ganz kurz möchte ich noch über den

Arbeitsmarkt

berichten. Nach den Aufzeichnungen des städtischen Arbeits- und Dienstvermittlungsamtes waren die Stellenangebote um 23.084, die Stellengesuche um 13.747 und die Vermittlungen um 26.326 größer als in der korrespondierenden Zeitperiode des Vorjahres.

Es war also allerdings die Arbeitsnachfrage, aber auch die Anzahl der freien Posten eine bedeutend größere als im Vorjahre, so daß bei der großen Anzahl von Stellenvermitt-

lungen nur ein unbedeutender Prozentsatz der Postensuchenden übrig blieb.

Ein ebenso günstiges Bild geben die Daten über die **Bewegung im Stande der Arbeiter und der Mächtigenden im Werkhause und im Asyl der Stadt Wien**. In jenem betrug der durchschnittliche monatliche Zuwachs bloß 156 gegen 268 in der Friedenszeit; die durchschnittlichen monatlichen Verpflegungstage erreichten bloß die Ziffer 7352 gegen 11.805 im Vorjahre. Ebenso benützten das Asyl monatlich bloß 6771 Personen gegen 10.353 in der vorausgegangenen Periode.

In der **geschlossenen Armenpflege** war auch im ersten Kriegsjahre derselbe Verpflegungsstand wie früher, aber die Kosten der Verpflegung haben sich um rund 900.000 K infolge der Teuerung erhöht. Ebenso sind die Kosten der **offenen Armenpflege** im ersten Kriegsjahre wesentlich gestiegen und werden die Überschreitungen voraussichtlich 371.000 K hinsichtlich der Gelbtaushilfen, 200.000 K hinsichtlich der Erhaltungsbeiträge für Personen über 14 Jahre und 10.000 K hinsichtlich der Hebammenentschädigungen betragen.

Im übrigen erwähne ich im Anschlusse daran gleich, daß sich die Gemeinde Wien insgesamt mit

58 Millionen Kronen

an der

Kriegsanleihe

beteiligt hat und daß die von den Einlegern bei der städtischen Zentral-Sparkassa gezeichneten Beträge für die Kriegsanleihen die Summe von

43 Millionen Kronen

erreichte.

Die

Steuereingänge

im Kriegsjahre sind durchwegs günstige. Im letzten Viertel wurden insgesamt 80,972.755 K bei den städtischen Steuerämtern einbezahlt, darunter 5,016.820 K an allgemeiner Erwerbsteuer und 16,207.564 K an Einkommensteuer. Gegenüber dem gleichen Viertel des Vorjahres weisen die reinen Empfänge die beträchtliche Zunahme von 2,897.878 K auf.

Nun müßte noch besonders bemerkt werden, daß ungeachtet der ungeheuren Aufgaben und Ausgaben, die der Krieg dem Haushalte der Gemeinde aufgezogen hat, die Gemeinde diese Auslagen aus den vorhandenen Mitteln bestreitet; es hat weder eine Erhöhung der Umlagen stattgefunden, noch haben wir während der ganzen Zeit ein Anlehen aufzunehmen gebraucht.

Ich möchte mit dem

Sanitätsbericht

schließen; die Gesundheitsverhältnisse sind durchwegs gute; allerdings haben wir auch für sanitäre Maßnahmen ziemliche Opfer gebracht.

Ich kann darauf hinweisen, daß wir für Spitalbaracken, und zwar für provisorische und definitive Infektionsbaracken **1 1/2 Millionen**, für die Komplettierung und Einrichtung des Kaiserjubiläums-Spitals 150.000 K, für die Vorkehrungen zur Aufnahme von 2000 bis 3000 Kranken im Versorgungsheim 300.000 und für die Einrichtung eines Pavillons des Versorgungsheimes als Notspital für 600 Verwundete 144.000 K, für die Umgestaltung und bauliche Einrichtung eines Fabrikgebäudes im X. Bezirke in eine Desinfektionsanstalt für Zivilpersonen 51.000 K ausgegeben haben.

Das sind Ausgaben, die sich sehr rentieren, weil die Fürsorge für die Gesundheit der Stadt nicht genug gefördert werden kann.

Ich glaube, im Großen und Ganzen, Daten geboten zu haben, die den Beweis liefern, daß die Gemeindeverwaltung von Wien ihr Möglichstes getan hat, um die Not des Krieges zu lindern und das Wirtschaftsleben in Wien aufrecht zu erhalten.

Der Bürgermeister der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien:

Dr. Richard Weiskirchner.

